

Antrag

**der Abgeordneten Dora Heyenn, Mehmet Yildiz, Kersten Artus, Tim Golke,
Norbert Hackbusch, Cansu Özdemir Christiane Schneider und Fraktion
(DIE LINKE)**

**Haushaltsplan-Entwurf 2013/2014
Einzelplan 3.1**

Kapitel 3000

Betr.: Peer Reviews statt Schulinspektion

Mit der Änderung des Schulgesetzes im Jahre 2006 wurde die Schulinspektion eingeführt. Damit sollte entsprechend dem neoliberalen Zeitgeist eine Wende von einem input- zu einem outputgesteuertem Schulwesen eingeleitet und eine höhere und gleichmäßigere Qualität der Schulen erreicht werden.

Mittlerweile liegen erste Ergebnisse der Schulinspektion vor, die ernüchternd sind. So wurde als eine ganz besondere Erkenntnis kommuniziert, dass die Unterschiede zwischen den Klassen größer seien als die zwischen den Schulen, was viele Lehrer/-innen, Eltern und Schüler/-innen schon vorher wussten. Außerdem wurde besonders die „Führung“ durch Schulleiter/-innen gelobt, womit das Bestreben nach der autoritären Schulleitung unterstützt wird.

Bisher wenig beachtet wurde indessen, mit welchen Kosten die Schulinspektion verbunden ist. Nach einer Antwort des Senats auf eine Schriftliche Kleine Anfrage (Drs. 20/1438) fallen an direkten Kosten für Arbeitnehmerstellen, Planstellen, Verwaltungsgemeinkostenzuschlag und Pauschalbeitrag für Bildschirmarbeitsplätze in 2011 genau 1.812.217,50 Euro an. Seit 2007 sind diese Kosten um 34 Prozent gestiegen. Zu den direkten Kosten kamen in 2011 noch 100.000 Euro für Sachkosten und rechnerische 904.500 Euro bei den inspizierten Schulen hinzu.

In Finnland, aber auch in Schleswig-Holstein hat man die Schulinspektion mittlerweile wieder abgeschafft.

Einen anderen, demokratischen Ansatz zur Sicherung der Schulqualität stellen Peer Reviews (kollegiale Unterrichts- und Schulbesuche) dar.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. die Abteilung Schulinspektion im Institut für Bildungsmonitoring aufzulösen,
2. zur Sicherung der Unterrichts- und Schulqualität ein System von kollegialen Unterrichts- und Schulbesuchen aufzubauen, in das Eltern, Lehrer/-innen und Schüler/-innen einbezogen werden.
3. die frei werdenden Mittel für die Verbesserung der Schulverpflegung zu verwenden.